PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
20.03.2014	19.15 Uhr	21.40 Uhr	Evangelische Kirchengemeinde Horn, Gemeindesaal

TEILNEHMER

ORTSAMT	: U. Höft, Vorsitzender M. Gagelmann, Protokollführerin
BEIRAT/AUSSCHÜSSE	: siehe anliegende Liste
GÄSTE	: Herr Sommer, Kita Bremen Frau Timmermann, Kita Curiestraße Herr Möller, Umweltbetrieb Bremen Herr Spöttel (Alten Eichen) Herr Flömer (DRK-Jugendhilfe)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 23.09.2013
3. Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
4. Betreuungssituation am Kinder- und Familienzentrum Curiestraße
5. Konzeptvorstellung der einzelnen Träger für das Übergangswohnheim an der Berckstraße
6. Erörterung einer Stellungnahme zum aktuellen Stand des Verkehrsentwicklungsplanes
7. Globalmittelanträge
8. Anträge aus dem Beirat
9. Mitteilungen des Orsamtes
10. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Herr Höft begrüßt die Beiratsmitglieder, die Bürgerinnen und Bürger und die eingeladenen Gäste. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung zu nehmen und in einer gesonderten Sitzung am 22.04.2014 eine Stellungnahme zum aktuellen Stand des Verkehrsentwicklungsplanes zu erarbeiten. Die Beiratsmitglieder stimmen einstimmig zu und beschließen so die Tagesordnung.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 23.09.2013

Das Protokoll vom 23.09.2013 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu TOP 3: Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Bauvorhaben in der Ronzelenstraße

Ein Anwohner der Ronzelenstraße (auch Bürgerinitiative Horner Waldstreifen) beklagt, dass die neu gebauten Wohnhäuser der Firma Justus Grosse in der Ronzelenstraße vor dem Eingang zum Rhododendronpark höher errichtet wurden als im Bebauungsplan erlaubt sei (hier 10,50 m). Die Bürgerinitiative habe bereits Ende 2013 eine Einmessung der Gebäude bei der senatorischen Baubehörde gefordert. Der dann bestellte Vermesser habe ein Haus vermessen und hier eine minimale erhöhte Bebauung von 1-2 cm festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt war dieses Haus aber das einzige der drei Neubauten, an dem die 20 bis 30 cm starke Dachdämmung und -abdeckung noch nicht aufgebracht war. Außerdem wird von der Bürgerinitiative bemängelt, dass als Basis

für die Bestimmung der Gebäudehöhe das Niveau des noch nicht errichteten Gehweges genommen wurde. Das Niveau des Baugrundstücks lag aber etwas 57 cm tiefer als der geplante Gehweg. Nach der Landesbauordnung ist allerdings die "natürliche Geländeoberfläche" für die Messung einer Gebäudehöhe maßgeblich. Die Bauaufsicht habe erklärt, die festgestellten Überschreitungen seien als geringfügig anzusehen. Ein Einschreiten sei nicht erforderlich, da keine öffentlich-rechtlichen geschützten Belange beeinträchtigt wurden.

Sehr problematisch seien auch die von der Baufirma vorgenommenen Aufschüttungen hinter den Neubauten, die weit in die Erhaltungszone des Waldstreifens hineinragen.

Herr Mazur erklärt, er wurde in dieser Angelegenheit bereits vom Sprecher der Bürgerinitiative angesprochen und darum gebeten, den Erhalt des Waldstreifens zu fordern. Anfangs hatte die Bürgerinitiative gute Kontakte zum Investor gehabt, aber dann gab es Probleme mit der Grundwasserabsenkung, gegen die die Bürgerinitiative protestiert habe. Hierbei wurde über Monate Wasser aus der Baugrube abgepumpt (ca. 1,7 Mio. Liter) und über einen offenen Trichter in die Kanalisation geführt, ohne dass hier eine Wasseruhr installiert wurde.

Herr Mazur schlägt vor, die Planer der Behörde und auch die Architekten der Firma J. Grosse in eine Beiratssitzung oder in den Bauausschuss einzuladen. Außerdem fordert er, dass alle drei Häuser neu bemessen werden.

Herr Quaß schließt sich dem Vorschlag nach einer Transparenz an und fordert ebenfalls die Beantwortung offener Fragen. Ein Verstoß gegen die Gebäudehöhe und die Vorgaben im Bebauungsplan seien nicht akzeptabel und müssten Konsequenzen haben.

Herr Höft schlägt vor, die Gebäudeeinmessungen der drei Häuser zu fordern und in einer Bauausschusssitzung Erklärungen der Behörde und des Investors zu erhalten. Wenn es hier zu Problemen komme, müsse die Angelegenheit im Beirat weiterbehandelt werden.

Die Beiratsmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

Neuer 1. Vorsitzender beim Bürgerverein Horn-Lehe e. V.

Herr Hautau stellt sich als neuen 1. Vorsitzenden des Bürgervereins Horn-Lehe e. V. vor. Er hat das Amt übernommen von Herrn Jarré.

Errichtung einer Straßenbahnlinie entlang der Riensberger Straße

Ein Anwohner der Riensberger Straße befürchtet, dass im Zuge der Errichtung der Horner Spange eine Straßenbahnlinie oder Verlängerung entlang der Riensberger Straße errichtet werden solle.

Herr Höft entgegnet, hierfür gebe es noch keine Planungen, eine diesbezügliche Idee bestehe allerdings. Am 22.04.2014 wird sich der Beirat in einer Sondersitzung mit dem Verkehrsentwicklungsplan beschäftigen.

Zu TOP 4: Betreuungssituation am Kinder- und Familienzentrum Curiestraße

Herr Sommer von Kita Bremen erklärt, es gebe im Kita-Bereich zur Zeit viele Krankheitsfälle, Langzeitkranke und Ausfälle durch schwangere Kolleginnen, deshalb müssten häufig Notdienste eingerichtet werden. Hierbei werden die Eltern gebeten, ihre Kinder zu Hause zu lassen. In der Kita an der Curiestraße gebe es im Moment 4 vakante Stellen. Problematisch sei auch, geeignete Kräfte zu bekommen. Die Krippenausstattung sei ebenfalls schlecht, hier seien 2 Erzieherinnen nötig, wenn eine davon fehle, müsse aus dem Elementarbereich eine Kraft aushelfen.

Frau Timmermann erklärt, sie sei seit Oktober 2013 Leiterin der Kita Curiestraße. Sie betont, Ihre Mitarbeiter seien alle sehr motiviert, aber gegen Krankheit könne man nichts machen. Die Aufsichtspflicht für die Kinder müsse immer gewährleistet werden.

Die Elternsprecherin der Kita Curiestraße beklagt nicht nur die personelle Ausstattung der Kita Curiestraße, auch das Außengelände sei in keinem guten Zustand. Der Spielsand wurde noch nicht ausgewechselt, es gebe wenige Spielgeräte, viele mussten abgebaut werden, weil sie für die U-3-Kinder nicht geeignet seien. Die Eltern seien ratlos und überlegten, ihre Kinder für das kommende Kindergartenjahr nicht mehr hier anzumelden.

Frau Hanke beklagt, dass die Eltern die Kitagebühren trotzdem voll zahlen müssen, auch wenn die Kita wegen Personalmangel geschlossen werde. Für die anderweitige Unterbringung der Kinder entstünden den Eltern dann noch zusätzliche Kosten.

Herr Mazur betont, die Eltern seien in höchster Not. Das Außengelände der Kita Curiestraße mache einen trostlosen Eindruck. Durch die viele Vakanz könne der Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. Diese Angelegenheit müsse von der Senatorin schnellstmöglich geklärt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Sommer, diese Kita werde sehr gut angewählt. In diesem Bereich gebe es einen hohen Bedarf an Ganztagsplätzen. Auch im U-3-Bereich seien die Anmeldezahlen hoch. Für das kommende Kindergartenjahr werde in der Curiestraße mit 5 Gruppen geplant, weil der Bedarf dafür da sei.

Herr Möller berichtet, die Gelder für das Außengelände hinsichtlich des U-3-Bereichs seien von Kita Bremen bereitgestellt worden. Es handelt sich um 11.000 €, hinzu komme noch eine Spende der Sparkasse Bremen von 5.000 €. Diese Gesamtsumme von 16.000 € reiche für die Arbeiten aber nicht aus, es müssten zusätzliche Gelder gewonnen werden. Am 31.03.2014 sei geplant, den Spielsand auszutauschen.

Herr Fincke äußert Unverständnis darüber, dass Spielgeräte abgebaut werden mussten mit der Begründung, dass sie für U-3-Kinder zu gefährlich seien. Das gehe zu Lasten der Ü-3-Kinder.

Herr Quaß beklagt, dass die Sozialbehörde nicht in der Lage sei, bestehende Einrichtungen zu pflegen und ausreichend mit qualifiziertem Personal auszustatten. Er sehe die Sozialsenatorin in der Verantwortung, jetzt schnell zu handeln.

Frau Hanke und Herr Mazur schlagen vor, das Außengelände am Nachmittag für die Öffentlichkeit zu öffnen. Dadurch könnten aus anderen Töpfen Gelder gewonnen werden.

Herr Möller erklärt, faktisch sei es richtig, dann an andere Geldgeber zu kommen, allerdings bleibe hier nur die Stiftung Wohnliche Stadt als Alternative, diese hätten aber bekanntlich auch keine Gelder mehr zur Verfügung.

Herr Höft schlägt vor, Frau Duffner-Hüls vom Amt für Soziale Dienste diesbezüglich anzusprechen.

Herr Sommer erklärt, im Vertretungspool von Kita Bremen seien 7 Mitarbeiter. Zwei davon seien zur Zeit fest in der Kita Curiestraße, weil hier viele Ausfälle seien. Zu Beginn des Kitajahres seien die Einrichtungen immer gut ausgestattet, das ändere sich aber immer im Laufe des Jahres.

Der Ausbau der U-3-Betreuung sei politisch gewollt und die Eltern hätten einen Rechtsanspruch.

Herr Drechsel fragt nach, ob diese Situation in der Curiestraße außergewöhnlich sei. Wenn dies ein chronisches Problem sei, dann gebe es einen Fehler im System.

Herr Sommer bestätigt, dass diese Unterbesetzung und ihre Folgen nicht außergewöhnlich seien. Diese Problematik in der Curiestraße ziehe sich generell auch durch andere Kitas.

Herr Drechsel resümiert, dass somit eine grundsätzliche Personalplanungs- und Besetzungsproblematik konstatiert werden muss.

Der Antrag der SPD (Anlage 2) wird einstimmig angenommen mit dem Zusatz, dass dies auch die dringend erforderliche Neugestaltung des Außengeländes betrifft.

Zu TOP 5: Konzeptvorstellung der einzelnen Träger für das Übergangwohnheim an der Berckstraße

Herr Spöttel und Herr Flömer berichten, die unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge lebten zur Zeit in engen Verhältnissen in der Zentralen Aufnahmestelle (Zas) in der Steinsetzer Straße. Die ersten Bewohner sollen am 01.04.2014 in die Wohncontainer in der Berckstraße einziehen. Zuerst kommen 10 Jugendliche, 14 Tage später wieder 10. Bis zu 40 Jugendliche sollen dann in 4 Gruppen dort wohnen und betreut werden von 5 bis 6 Gruppenbetreuern. Nachts gebe es 2 Nachtwachen und einen Gruppenbetreuer (Nachtwache von 22.30 Uhr bis 07.30 Uhr). Es wurden 30-40 Mitarbeiter neu eingestellt für die Betreuung von Flüchtlingen, viele sprechen die Sprache der Flüchtlinge, es müsse aber auch auf Dolmetscher zurückgegriffen werden.

Am 28.03.2014 können die fertiggestellten Container in der Berckstraße besichtigt werden. Hierzu wird um Anmeldung gebeten.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) werde der aktuelle Stand der Container gezeigt. Die Einrichtung und Ausstattung sei noch nicht fertig gestellt, die Jugendlichen haben in den Gemeinschaftsräumen Waschmaschinen, Trockner, PCs, um Kontakt zu Verwandten in der Heimat zu halten aber auch für Hausaufgaben. Die Jugendlichen gingen jetzt zur Berufsschule in Walle in Förderklassen. Am Nachmittag müssten sie in Aktivitäten angebunden werden wie Sportvereine, Jugendeinrichtungen usw. Hierfür müssten u. a. die Vereine angesprochen werden, dies würden die Betreuer übernehmen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Spöttel, dass die Containern wie vereinbart bis zu 23 Monate an diesem Standort seien. In der Zeit müsse gesehen werden, ob die Jugendlichen Verwandte in Deutschland hätten. Ansonsten müssten sie in anderen Einrichtungen untergebracht werden. Immobilien werden von der Sozialbehörde immer gesucht.

Die Jugendlichen hätten ein Bleiberecht in Deutschland bis zum 21. Lebensjahr.

Weiter erklärt Herr Spöttel, dass die Jugendlichen mit der Straßenbahn zur Schule oder zu den nachmittäglichen Aktivitäten fahren würden. Sie erhielten Taschengeld, genauso wie andere Jugendlichen, die in Einrichtungen lebten.

Das Bildungssystem sei sehr überrascht worden von der Flut von Jugendlichen, deshalb gebe es für Neuankömmlinge verschiedene Sprachkurse bei der VHS.

Herr Höft teilt mit, dass der nächste Runde Tisch am 30.04.14 oder am 07.05.2014 stattfindet. (Inzwischen wurde der 07.05.14 als Termin festgelegt.)

TOP 7 Globalmittelanträge

- **Kulturnetz e. V. - Förderung eines kunst- und nachhaltigkeitspädagogisches Jugend- und Ausstellungsprojekt – Antragssumme 1.000 €**

Herr Quaß erklärt, da der Antrag heute erst an die Beiratsmitglieder geleitet wurde, könne ohne Prüfung keine Stellungnahme abgegeben werden. Er schlägt vor, hierüber in der nichtöffentlichen Sitzung am 26.03.2014 zu beraten.

Alle Beiratsmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

- **Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e. V.– Antragssumme 1.200 €**

Herr Haake beklagt, dass es sich hierbei jedes Jahr um die gleichen Anträge handelt.

Herr Höft, erklärt, dass das bei vielen Anträgen der Fall sei, weil das Ressort keine dauerhaften Förderungen übernehme. Man könne bei der Senatskanzlei nochmals nachfragen, ob eine solche wiederkehrende Finanzierung laut der Richtlinien in Ordnung sei.

Herr Quaß betont, viele andere Stellen würden auch jedes Jahr einen gleichlautenden Antrag stellen. Er hält es für wichtig, dass es den Förderverein gebe. Dort seien viele ehrenamtliche Helfer, die auf Unterstützung durch Beiratsmittel angewiesen seien. Das Angebot sei für Kinder und Jugendliche im Stadtteil, weil es keine weitere Bibliothek gebe.

Herr Mäschtig problematisiert die Mitteilung, dass der Förderverein ohne Beiratsmittel nicht bestehen könne. Er schlägt vor, ein Jahr auszusetzen mit der Unterstützung durch Beiratsmittel.

Herr Fincke zeigt sich verwundert darüber, dass die Bibliothek nicht unterstützt werden solle. Seiner Meinung nach sei die Landesregierung Schuld daran, dass der Beirat solche Einrichtungen unterstützen müsse.

Herr Mäschtig schlägt vor, hierüber ebenfalls in der nichtöffentlichen Beiratssitzung am 26.03.2014 zu beraten.

Dieser Vorschlag wird mit einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 8 Anträge aus dem Beirat

Einrichtung eines Koordinierungsausschusses

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Beirat möge beschließen:

"Der Beirat richtet nach §23 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter ab sofort einen Koordinierungsausschuss ein.

Begründung:

Die bisher gewählte Form einer informellen Interfraktionellen Runde zur Vorbereitung der Sitzungen des Beirats soll in einen durch Protokollführung verbindlicheren Zustand versetzt werden. Zudem erfolgt damit eine Angleichung an das Vorgehen anderer Beiräte in Bremen. Das Ortsamt wird um Vorschläge zur Anpassung der Geschäftsordnung gebeten."

Frau Dehne erklärt, bisher gab es die interfraktionelle Runde. Ein Koordinierungsausschuss wäre besser, weil hier auch ein Protokoll erstellt werde.

Herr Quaß hält die Grundidee für gut, allerdings sollte der Kreis der Ausschussmitglieder nicht größer sein als der in der interfraktionellen Runde. Jede Fraktion entsende einen Vertreter plus Beiratssprecherin und stellv. Beiratssprecher. Eine mehrheitliche Abstimmung im Koordinierungsausschuss hält er für nicht gut, weil dann die kleineren Parteien ohne Stimmrecht wären.

Der Antrag der SPD wird einstimmig angenommen.

Ausbau der Fuß- und Radwegverbindung zwischen Riensberg und Riensberger Straße

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Beirat möge beschließen:

"Der Beirat bekräftigt seine Forderung, den vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in der Vergangenheit bereits wiederholt zugesagten Ausbau der Fuß- und Radwegverbindung zwischen Riensberg und Riensberger Straße (parallel zur Achterstraße) endlich umzusetzen."

Herr Quaß erklärt, der Ausbau höre sich massiv an, die Fuß- und Radwegbefestigung sei aber wichtig. Seit 5 oder 6 Jahren fordere der Beirat dies und es war für 2013 von der Behörde zugesagt worden.

Der Antrag der CDU wird einstimmig angenommen.

Einrichtung zweier Zebrastreifen über die Robert-Bunsen-Straße

Frau Dehne erklärt, es wurde in der interfraktionellen Runde bereits besprochen, dass dieser Antrag im Verkehrsausschuss behandelt werden soll.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Höft teilt mit, dass der Lärmaktionsplan noch bis zum 04.04.2014 im Ortsamt ausliege. Außerdem liegen der Flächennutzungsplan und die Neuaufstellung des Landschaftsprogramms aus.

Herr Höft erinnert an die Einwohnerversammlung am 26.03.2014 bezüglich der Aufstellung eines Bebauungsplans 2458 eines Neubaus der Freiwilligen Feuerwehr am Lehesterdeich.

Herr Höft erinnert an die Sitzung des Ausschusses Soziales und Kultur am 27.03.2014.

Zu TOP 10: Verschiedenes

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Höft
Vorsitzender

Hanke
Beiratssprecherin

Gagelmann
Protokollführerin